

Antrag

des Abg. Daniel Lindenschmid u. a. AfD

Rechtsextreme Kandidaten bei den Kommunalwahlen Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele Kandidaten der anstehenden Kommunalwahlen in Baden-Württemberg aktuell im Zusammenhang mit der rechtsextremen Bewegung „Graue Wölfe“, insbesondere mit den Vereinen ADÜTDF (Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V.“), ATIB („Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V.“, und ANF („Föderation der Weltordnung in Europa“) sowie deren Gliederungen, dem Verfassungsschutz oder dem Staatsschutz bekannt geworden sind;
2. welche weiteren Vereine und Verbände in Baden-Württemberg nach Kenntnis der Landesregierung unter erheblicher Kontrolle der „Grauen Wölfe“ stehen oder Untergruppierungen der in Ziffer 1 genannten Vereine und Dachverbände sind;
3. auf welchen Listen welcher Kommunen die jeweiligen Kandidaten kandidieren;
4. mit welchen Parteien, respektive Listen Untergliederungen der in Ziffer 1 oder 2 genannten Organisationen gemeinsame Auftritte, PR-Aktionen, offizielle Besuche etc. abgehalten haben;
5. ob die in Ziffer 1 oder 2 genannten Gruppierungen bzw. Dachverbände Förderungen des Landes oder nachgeordneter Behörden, Ministerien oder sonstiger staatlicher Stellen oder Kommunen erhalten haben, insbesondere auch durch Überlassung von Gebäuden und anderen Nutzungsrechten;
6. inwiefern die in Ziffer 1 und 2 genannten Vereine und Dachverbände bestrebt sind, bei Wahlen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ihre Anhänger zu Gunsten bestimmter deutscher Parteien zu mobilisieren, und ggf. zugunsten welcher Parteien;
7. inwiefern die Landesregierung der Ansicht ist, dass die Kooperation mit den in Ziffer 1 und 2 genannten Vereinen ein Anhaltspunkt für eine extremistische Gesinnung ist;
8. inwiefern die Bewegung „Graue Wölfe“ durch die Bereitstellung von Kandidaten, gemeinsame PR-Termine oder Mobilisierung ihrer Anhänger Einfluss auf deutsche Wahlen bei der Kommunalwahl 2024 genommen hat und künftig nehmen will, inwiefern diese in den Genuss öffentlicher Förderungen kommen und auf welchen Listen diese Personen kandidieren.

6.5.2024

Lindenschmid, Klauß, Goßner, Rupp, Dr. Balzer AfD

Begründung

Wie die „Stuttgarter Zeitung“ in ihrer online-Ausgabe am 9. April 2024 unter der Überschrift „Warum besucht SPD-Politiker Nils Schmid türkische Rechtsradikale“ berichtet, hat der ehemalige baden-württembergische Finanz- und Wirtschaftsminister sowie ehemalige stellvertretende Ministerpräsident Baden-Württembergs, Nils Schmid MdB, der überdies außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion ist, dem „deutsch-türkischen Freundschaftsverein Filderstadt“ einen Besuch abgestattet und sich mit dortigen SPD-Kommunalwahlkandidaten ablichten lassen, die auf im Internet veröffentlichten Fotografien mit dem „Wolfsgruß“ oder vor der „Wolfsflagge“ posieren, beides Kennzeichen der „Grauen Wölfe“.

Wie weiterhin die „Stuttgarter Nachrichten“ am 2. Mai 2024 unter der Überschrift „Wo stecken türkische Rechtsradikale noch“ berichtete, ist der Verein „Integra“ maßgeblich von Anhängern der „Grauen Wölfe“ dominiert. Dieser Verein erhielt dem Presseartikel zufolge von der Stadt Filderstadt zuletzt Fördergelder in Höhe von 17 000 Euro. Weiterhin nennt der Artikel den FDP-Kommunalwahlkandidaten Y. K. als Vorstandschef von „Integra“.

Wie die Broschüre „Türkischer Rechtsextremismus in Deutschland – die Grauen Wölfe“, herausgegeben vom American Jewish Committee Berlin Ramer Institute darlegt, richtet sich die Ideologie gegen die kulturelle Existenz von Armeniern und Kurden und vertritt strikt antisemitische Verschwörungstheorien.

Dieser Berichtsantrag soll aufhellen, inwiefern tatsächlich rechtsextremistische Kräfte versuchen, Einfluss auf die deutsche Politik zu nehmen und im Gegenzug in den Genuss öffentlicher Gelder kommen.